

Der Griff nach dem Land

Private Konzerne und Investoren führen die Jagd auf überseeisches Ackerland an.

GRAIN*

(Oktober 2009) Bei all dem Gerede über «Ernährungssicherheit» und verzerrten Medienberichten wie «Südkorea pachtet die Hälfte des Bodens von Madagaskar»¹ mag es vielen Leuten entgangen sein, dass nicht Regierungen oder Länder die Hauptrolle bei der heutigen weltweiten Landnahme zur Auslagerung ihrer Nahrungsmittelproduktion spielen, sondern Unternehmen. Auf die Beteiligung von Ländern wie Saudiarabien, China oder Südkorea richtete sich viel Aufmerksamkeit. Doch während die Regierungen solche Geschäfte ermöglichen, übernehmen in Wirklichkeit private Unternehmen die Kontrolle über die Ländereien. Und deren Interessen sind einfach nicht ganz dieselben wie diejenigen von Regierungen.

Nur ein Beispiel: Im August 2009 erwarb die Regierung von Mauritius über das Aussenministerium einen langfristigen Pachtvertrag für 20'000 Hektaren guten Ackerlands in Mosambik, um Reis für den eigenen Markt zu produzieren. Keine Frage, das ist eine Auslagerung der Nahrungsmittelproduktion. Doch nicht die Regierung von Mauritius bestellt im Namen der eigenen Bevölkerung das Land und verschifft den Reis dann zurück nach Hause. Nein, der mauritische Minister für Agroindustrie vergab das Land sogleich weiter an zwei Unternehmen. Das eine aus Singapur bemüht sich, in Afrika das Terrain für seinen urheberrechtlich geschützten Hybrid-Reis vorzubereiten, das andere aus Swaziland ist spezialisiert auf industrielle Viehhaltung, befasst sich aber auch mit der Herstellung von Biotreibstoff im südlichen Afrika.² Ein typischer Fall, der zeigt, dass uns die Beteiligung von Staaten nicht blenden sollte. Denn letzten Endes ist entscheidend, was die Konzerne wollen, und diese verfügen über ein ganzes Arsenal an juristischen, finanziellen und politischen Mitteln zur Unterstützung ihrer Ziele.

Viele neigen zudem zur Einschätzung, die private Beteiligung am globalen Landklau beschränke sich auf das traditionellen Agro-

business oder Plantagenmultis wie Unilever oder Dole, die lediglich das 'althergebrachte' Modell der Vertragslandwirtschaft ausbauen (contract farming, also Produktion durch die «LandeignerInnen» im Auftrag fremder InvestorInnen). Tatsächlich ist aber die Hochfinanzbranche, welche über wenig bis gar keine Erfahrung in der Landwirtschaft verfügt, mittlerweile zu einem zentralen Akteur aufgestiegen. Und zwar so machtvoll, dass der von den EntwicklungsBürokraten gebetsmühlenartige wiederholte Slogan 'in die Landwirtschaft investieren' auf keinen Fall so verstanden werden darf, dass es dabei automatisch um öffentliche Gelder geht. Denn dieses Geschäft wird mehr und mehr zu demjenigen der Grossunternehmen.

Die Rolle des Finanzkapitals

GRAIN hat versucht genauer hinzusehen, wer die privaten Investoren wirklich sind, die weltweit gerade Agrarland für die Nahrungsmittelproduktion im Ausland unter ihre Fuchtel bringen. Die zusammengetragenen Informationen zeigen, dass das Finanzkapital, seien es Investment-Fonds oder Konzerne, eine wesentliche Rolle spielt. Um dieses Bild zu verdeutlichen, haben wir eine Tabelle zusammengestellt. Die Aufstellung umreisst über 120 Investorenkonglomerate, die seit der Finanzkrise im Ausland hektisch Landwirtschaftsland aufkaufen.³ Die meisten davon sind neu geschaffen worden. Ihr finanzieller Einsatz, ob bereits verwirklicht oder erst angestrebt, geht in die Dutzende Milliarden Dollar. Dennoch ist die Übersicht nicht vollständig. Sie zeigt lediglich in Auschnitten, welche Art von Unternehmen oder Instrumenten am Werk sind und welche Höhe von Investitionen angestrebt wird.

Die privaten Investoren wenden sich nicht der Landwirtschaft zu, um den Welthunger zu lösen oder die ländliche Armut zu beseitigen. Sie suchen ganz schlicht und einfach Profite. Und die Welt hat sich in eine Richtung verändert, die es ermöglicht, mittlerweile viel Geld mit Landwirtschaftsland zu verdienen. Aus der Perspek-

tive eines Investors ist das Anwachsen der Nachfrage nach Nahrungsmitteln weltweit garantiert. Dies hält die Nahrungsmittelpreise hoch und sorgt so für eine solide Basis, was die Kapitalrendite anbelangt, zumindest für diejenigen, welche die nötigen natürlichen Ressourcen kontrollieren. Und diese Grundressourcen, in erster Line Land und Wasser, sind knapp wie nie zuvor. Seit der Finanzkrise sind sogenannte alternative Anlagen, wie etwa Infrastruktur oder Landwirtschaftsland, der letzte Schrei. Insbesondere Landwirtschaftsland wird als Schutz gegen Inflation angepriesen. Und weil dessen Wert nicht parallel zu Anlagewerten wie Gold oder Währungen steigt und fällt, erlaubt es Investoren, ihr Portfolio erfolgreich abzurunden.

Es geht aber nicht nur um das Land, sondern auch um die Produktion. Die Investoren sind überzeugt, dass sie in Afrika, Asien, Lateinamerika oder der ehemaligen Sowjetunion einfallen, dort Beteiligungsgesellschaften aufbauen, einen Mix aus Technologie, Kapital und unternehmerischen Tricks verabreichen und die vorhandenen Strukturen zerschlagen können, um so wenig Profit versprechende Höfe in grosse Agrobusiness-Einheiten zu verwandeln. Das Ziel ist vielfach, sowohl aus den erzielten Ernten als auch aus dem Land selbst, von dem eine Wertsteigerung erwartet wird, neue Profitströme zu generieren. Es geht also um eine ganz und gar unternehmerische Version der Grünen Revolution und die Erwartungen sind hoch. 'Mein Boss will das erste Exxon Mobil des Landwirtschaftssektors schaffen' verkündete Josep Carvin vom Altima Partners' One World Agriculture Fund an einem Treffen von globalen Agrarland-Investoren in New York im Juni 2009. Kein Wunder, wollen die Regierungen, die Weltbank und die UNO mit von der Partie sein. Aber es ist nicht ihre Show.

Immer reicher

Die Aufsteiger unter den Farmbesitzern sind heute die Verwalter von privaten Aktienfonds, die Betreiber von spezialisierten Agrarland-Fonds, Pensionskassen, Grossbanken und ähnliches. Ihr Heishunger ist bemerkenswert – aber angesichts des ungeduldigen Gestrampels nach einer Erholung von der Finanzkrise nicht verwunderlich. Gesicherte Zahlen fehlen, aber wir können beobachten, wie Milliarden von Dollar in den Kauf von Agrarland gehen und zwar immer mehr nach dem Strickmuster 'werde schnell reich'. Bei einem beträchtlichen Teil dieser Gelder handelt es sich um die hartverdienten Rentenersparnisse von Lehrern, öf-

fentlichen Angestellten und Fabrikarbeitern aus Ländern wie den USA oder Grossbritannien. Das heisst, auch viele gewöhnliche Bürger sind an diesem Trend finanziell beteiligt, ob sie sich dessen nun bewusst sind oder nicht.

Das bedeutet, dass sich eine neue, mächtige Lobby im Interesse der Unternehmen formiert, die sich geeignete Bedingungen wünscht, um ihre Investitionen in Agrarland zu erleichtern und abzusichern. Mühselige Landgesetze, welche den ausländischen Besitz behindern, sollen niedrigerissen werden, restriktive Bestimmungen der Gastländer im Bezug auf den Export von Nahrungsmitteln abgeschafft und jede Regulierung von genetisch veränderten Organismen umgangen. Wir können also sicher sein, dass diese Kräfte eng mit ihren eigenen Regierungen und den verschiedenen Entwicklungsbanken zusammenarbeiten werden, um ihre Agenda über Freihandelsabkommen, bilaterale Investitionsverträge und Auflagen bei der Kreditvergabe weltweit durchzudrücken.

Tatsächlich vollzieht sich dieser globale Landraub im erweiterten Zuständigkeitsbereich der Regierungen, die sowohl im Norden als auch im Süden sorgsam die Expansion ihrer jeweiligen transnationalen Nahrungsmittel- und Agrarkonzerne als zentrale Antwort auf die Nahrungsmittelkrise unterstützen. Die Geschäfte und Programme, die heute gefördert werden, weisen alle in Richtung einer Neustrukturierung und Ausdehnung des Systems der industriellen Nahrungsmittelproduktion auf der Grundlage kapitalintensiver und grossflächiger Monokulturen für den Exportmarkt. Auch wenn dies als 'alter Hut' erscheinen mag, so sind einige Dinge doch neu und anders. Zum einen müssen die infrastrukturellen Voraussetzungen für dieses Modell erst einmal geschaffen werden (Die grüne Revolution hat dies nicht geschafft). Dann liegen dem Ganzen, wie unsere Aufstellung deutlich macht, neue Formen der Finanzierung zu Grunde und drittens spielen auch Konzerne und Tycoons aus dem Süden eine immer wichtigere und aktivere Rolle. US-amerikanische und europäische Multis wie Cargill, Tyson, Danone oder Nestlé, die einst die unangefochtenen Platzhirsche waren, bekommen nun Gesellschaft von aufstrebenden Konglomeraten wie COFCO, Olam, Savola, Almarai und JBS.⁴ Ein kürzlich erschienener Bericht der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen UNCTAD arbeitete heraus, dass gut 40 Prozent aller Übernahmen durch Fusionen und Zukäufe im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion innerhalb des Südens ge-

schahen.⁵ Zugespitzt ausgedrückt, wird die Nahrungsmittelindustrie in Afrika in Zukunft im Wesentlichen von brasilianischem, chinesischem oder von Kapital aus der Golfregion betrieben werden.

Export der prekären Versorgung mit Nahrungsmitteln

Nimmt man die entscheidende Rolle, die der private Sektor beim momentanen Landklau spielt, ernst, ist es klar, dass diese Unternehmen nicht an der Art Landwirtschaft interessiert sind, welche uns eine souveräne Nahrungsmittelversorgung bringt. Und da der Hunger schneller wächst als die Gesamtbevölkerung, werden diese Kräfte auch nicht viel zur Ernährungssicherheit beitragen. Ein Bauernführer von Synérgie Paysanne in Benin bezeichnet die Landhamsterei ganz grundlegend als '*Export der Ernährungsprekarität*'. Denn sie würden die Forderungen der einen – etwa nach Mais oder Geld – damit beantworten, dass sie anderen die Grundlagen der Nahrungsmittelproduktion entziehen. Er hat natürlich recht. In den meisten Fällen verfügen diese Investoren selbst nicht über viel Erfahrung bezüglich dem Betrieb eines Bauernhofs. Und sie beschränken sich darauf, an einem Ort aufzulaufen, den Böden über intensive Landwirtschaft alles biologische Leben und alle Nährstoffe zu entziehen, um nach einigen Jahren wieder abzuhaufen und die lokalen Gemeinschaften mit einer 'Wüste' zurückzulassen – so sieht es zumindest der Koordinator von MASIPAG aus den Philippinen.

Das Gerede über eine Kanalisierung dieses unverhofften Geldregens an Dollars und Dirhams in eine Agenda zur Lösung der weltweiten Nahrungsmittelkrise könnte einfach als schrullig abgetan werden, wenn es nicht ausgesprochen gefährlich wäre. Vom Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York bis in die Wandelgänge der europäischen Regierungssitze wird darüber schwadroniert, diese Geschäfte zu einer Win-win-Situation umzubiegen. Alles was es dazu braucht, so die Überlegung, sind einige wenige Leitplanken, um diese Geschäfte mit Agrarland in ethisch wünschenswerte und geordnete Bahnen zu lenken, so dass sie wirklich den lokalen Gemeinschaften dienen, ohne dass die Investoren abgeschreckt werden. Die Weltbank will sogar ein globales Zertifizierungssystem und eine Aufsichtsstelle schaffen, damit der Landraub auch 'nachhaltig' wird, ganz ähnlich wie bei den Versuchen beim Palmöl, der Forstwirtschaft oder anderen Rohstoffindustrien.

Doch bevor man sich einfach so zum Mitläufer in dieser 'Win-win-Situation' macht, wäre es wohl ratsam, zu fragen, mit wem man denn mitgeht. Wer sind die Investoren? Was sind ihre Interessen? Es ist schwierig zu glauben, dass sie mit soviel Geld am Start auf einmal fair spielen, mit all den reichen sozialen Erfahrungen, welche sie im Umgang mit der Konzessionierung und Umstrukturierung riesiger Ländereien, sei dies für Minen oder Plantagen, in der Vergangenheit angehäuft haben und angesichts der zentralen Rolle, welche die Finanz- und Agroindustrie nun spielt. Genauso zu glauben ist, dass die Regierungen und die internationalen Organisationen plötzlich fähig sind, sie zur Verantwortung zu ziehen.

Die Idee, diese Investitionen wirksam zu machen, ist sicherlich nicht der richtige Ansatzpunkt, die Unterstützung der Bemühungen von Kleinbauern um reale Nahrungsmittelsouveränität hingegen schon. Es handelt sich um zwei vollkommen entgegengesetzte Agenden und es wäre ein grosser Fehler, die eine für die andere auszugeben. Es ist zentral, sich genauer anzuschauen, wer die Investoren sind und was sie wirklich wollen. Doch noch wichtiger ist es, die Suche nach Lösungen für die Nahrungsmittelkrise vom Kopf auf die Füsse zu stellen.

* grain.org: The New Farm Owners.

- 1 Es ging nicht um Südkorea, sondern um DaewooLogistics.
- 2 Vgl. GRAIN, 'Mauritius leads land grabs for rice in Mozambique', *Oryza hybrida*, 1.9.2009 <http://www.grain.org/hybridrice/?lid=221>.
- 3 Die Tabelle umfasst drei Arten von Gebilden: spezialisierte Fonds, die meisten davon Fonds, die Landwirtschaftsland kontrollieren, Anlage- und Investitions-Verwalter sowie Beteiligungsgesellschaften. Wir sind uns bewusst, dass dies nur eine grobes Bild ergibt. Doch es war es uns wichtig, die Tabelle einfach zu halten: <http://www.grain.org/m/?id=266>
- 4 COFCO hat seinen Hauptsitz in China, Olam in Singapur, Savola und Almarai in Saudiarabien und JBS in Brasilien.
- 5 World Investment Report 2009, UNCTAD, Genf, September 2009, S. xxvii. Der grösste Teil der ausländischen Direktinvestitionen erfolgt über Fusionen und Übernahme von Firmen. Warnung vor den Hungernden

Warnung vor den Hungernden

Landnahme, «Erntesteigerung», Agrarproletarisierung – moderne Techniken des Mordes.
Die TäterInnen argwöhnen, ihre Opfer werden sich wehren.

Dieter Drüssel

Das «ungelöste», gar zunehmende «Hungerproblem» wird nach den Hungerrevolten 2007/2008 erneut zum Thema im Mainstream. So teilte Josette Sheeran, Leiterin des UNO-Welternährungsprogramms, kürzlich mit, dass in den letzten zwei Jahren die Zahl der täglich Hungernden auf der Welt um 200 Millionen Menschen gestiegen sei (NZZ, 27.10.09). Wie viele andere versichert auch sie, dass zwar in der letzten Zeit die Nahrungsmittelpreise in den Metropolen gesunken, in den «Schwellenländern» aber deutlich gestiegen seien. Wo bekanntlich die Armutsbevölkerung bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für die tägliche Nahrung ausgibt.

Hinter der erneuerten Aufmerksamkeit für das Phänomen des kapitalistischen Massenmordes versteckt sich nicht Solidarität, sondern das neue Angriffskommando. Einen harmlos daherkommenden Eindruck davon vermittelt uns die NZZ in ihrem Bericht zum «Krisenmanagement des Bundes bei Entführungen im Ausland». Für den Krisenstab des EDA «haben die hohen Nahrungsmittelpreise nach wie vor ein grosses Konfliktpotenzial, das die Auslandschweizer in Gefahr bringen könnte. Seit 2008 seien nur die Weltmarktpreise gefallen, nicht aber jene auf den lokalen Märkten, besonders in Afrika. Die Zahl der Menschen, die chronisch unter Hunger litten, sei auf eine Milliarde geklettert, zitiert [EDA-Kader] Dussey die Schätzungen des Welternährungsprogramms» (NZZ, sig, 6.4.09: Chaostheorie in der Praxis).

Während also Bundesrätin Doris Leuthard, erbärmlich wie gewohnt, anlässlich der in Genf gerade gescheiterten WTO-Konferenz die Freihandelskeule gegen Schweizer BäuerInnen schwingt mit der enormen Lüge, damit ausgerechnet die «indischen Bauern» zu begünstigen, nimmt man im Amt nebenan die also Beglückten präventiv ins Visier. Der laut NZZ hohe «Bereitschaftsgrad» in Dutzenden von Schweizer Botschaften punkto – nota bene – «Konfliktpotenzial» einer Milliar-

de Hungernder hat wohl weniger mit der Rettung von Schweizer TouristInnen vor dem Kannibalismus Dunkelhäutiger zu tun als vielmehr mit der Vorbereitung auf wahrscheinliche Grossrevolten. Was, wenn es Hungernden einfällt, Syngenta die Saatgutmonopolrente zu verweigern? Oder den Operateur von Nestlé am weiteren sanften Morden zu hindern? Oder die von Swiss Re mitgesponserte Wasserprivatisierung zu bekämpfen? Tatsächlich: was dann? Da gibt uns ein EDA-Krisenstab oder der sehnliche Bundeswunsch nach Schweizer Beteiligung am EU-Militäraufmarsch vor afrikanischen Küsten, zusätzlich zum Freihandelskommando und der entwicklungspolitischen Sonntagspredigt, wohl einen Hinweis auf das anvisierte «Massnahmenpaket».

In ihrem 2009-Report «*Food Insecurity in the World*» schreibt die FAO im Juni bezüglich der gestiegenen Zahl von Hungernden: «Die Erhöhung der Ernährungsunsicherheit ist nicht das Resultat schlechter Ernten, sondern hoher einheimischer Nahrungsmittelpreise, niedrigerer Einkommen und zunehmender Arbeitslosigkeit». «Ist nicht das Resultat schlechter Ernten» ... ist es bekanntlich seit Jahren nicht ... doch die «Antwort» der «internationalen Gemeinschaft»? Sofort die Ernteerträge steigern! Mit Landnahmen durch Agromultis und Investmentfonds, mit Gentechnisierung der globalen Agrarwirtschaft, mit neuen Zwangsarbeitsverhältnissen.

Hetzen gegen BäuerInnen

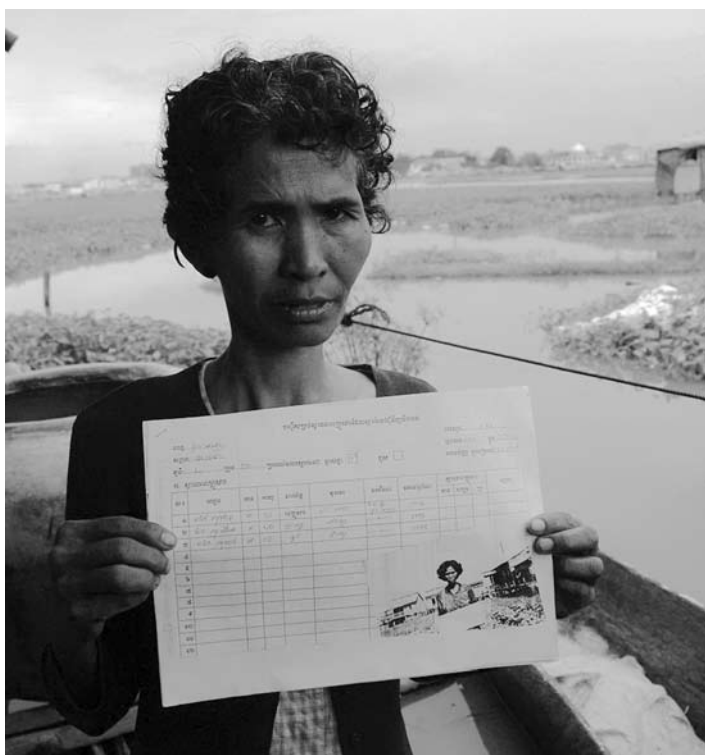
In Ergänzung zu dem in diesem Heft abgedruckten Grainbericht mögen folgende Zahlen interessant sein. «Weltweit», so gibt die NZZ eine Schätzung des International Food Policy Research Institute (IFPRI) wieder, «dürften ausländische Investoren in den letzten drei Jahren 15 Mio. bis 20 Mio. ha Ackerland in Entwicklungs- und Schwellenländern unter ihre Kontrolle gebracht haben, eine Fläche, die etwa der gesamten Produktionsfläche Frankreichs entspricht»

(NZZ, 13.6.09, bau.: Weltweiter Wettlauf um Agrarland in Drittweltländern). Erst der Anfang, frohlocken FAO und OECD in ihrem *Agricultural Outlook 2009-2018*. Die NZZ schreibt dazu: »Das bestehende Ackerland [weltweit] von 1,4 Mrd. ha könnte um 1,6 Mrd. ha erweitert werden, betonen die Organisationen. Über die Hälfte des zusätzlichen Landes sei in Afrika und Lateinamerika zu finden» (NZZ, 17.6.09, Ug.: Massvolle Entwicklung der Agrarpreise).

Es ist der alte Kriegsmarsch vom jungfräulichen Boden, der seiner zivilisatorisch-technologischen Erweckung harrt. «Schon kursiert die Vision des dunklen Kontinents als ‚Brotkorb der Welt‘. ... Der neueste Bericht der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika liest sich wie ein grosses Lamento über die Rückständigkeit der Landwirtschaft auf dem Schwarzen Kontinent ... Lange nicht alles Farmland wird auch tatsächlich bebaut» (s. NZZ 13.6.09). Am 25. September 2009 blies Hillary Clinton ins gleiche Horn. Die Grüne Revolution, natürlich auch von ihr von Zerstörung in Wohltat umgelogen, «wurde nie vollständig gewonnen». «Es gibt viele Plätze, an denen sie vorbeizog, vor allem Afrika» (State Department, 25.9.09: Remarks at the Clinton Global Initiative Closing Plenary).

«Lamento» gegen BäuerInnenwissen. Die New York Times schreibt in einem lezenswerten Artikel: «'Etwas ist sehr klar, das der Aufmerksamkeit der meisten InvestorInnen entgangen zu sein scheint', sagt Michael Taylor, ein Spezialist der International Land Coalition. Wenn Land in Afrika nicht bebaut wird, hat dies wahrscheinlich seinen Grund. Vielleicht wird es als Weideland benutzt oder es wird absichtlich brach gelassen, um Raubbau an Nährstoffen und Bodenerosion zu verhindern» (NYT, 22.11.09, Andrew Rice: Is There Such a Thing as Agro-Imperialism?).

Aber bitte, was soll angesichts gigantischer Profitmargen diese romantische «Mittel- und Upperclass-Verliebtheit in die bäuerliche Landwirtschaft», wie der Weltbankkriminelle Paul Collier im gleichen Artikel hetzt? Nichts, weiss er, denn «die kommerzielle Landwirtschaft als eine Kraft für ländliche Entwicklung und verstärkte Nahrungssicherheit zu ignorieren, ist bestimmt ideologisch». «Kraftvoll» hingegen eine Information der Weltbank: In den letzten drei Jahren ist der Preis für Mais um 50% und der für Reis um 115% gestiegen - dank Nahrungsverwertung für Agrosprit (La Jornada, 21.6.09). Anmachend vital auch dies: «So heisst es im Jahresbericht der Unctad, dass sich zwischen 2002 und 2009 der Börsenhandel



Opfer von Landnahme in Kambodscha.

Bild: farmlandgrab.org

mit Terminkontrakten auf Rohwaren – also etwa Erdöl und Gold, aber auch Nahrungsmittel wie Weizen, Mais und Sojabohnen – verdreifacht», jener ausserhalb der Börse gar vervierzehnfacht habe (WoZ, 10.9.09, Daniel Stern: Das Popcorn der Pensionskassen). Tolle Sache, wie sich am Steigen der Rohstoffindices zeigt. Da nimmt man gern in Kauf, dass das UNO-Welternährungsprogramm nunmehr seine Rationen von 2100 auf 1800 Kalorien reduziert, wie die WoZ anmerkt. Ihre Feigenblattorganisation ist den Mächtigen heuer nur noch \$3.7 Mrd. und nicht, wie geplant, \$6.7 Mrd. wert. Schliesslich gingen Billionen in die Stärkung der KapitalistInnen, die erheischen Solidarität.

Das «Versagen» – gemeint die offiziell über eine Milliarde Hungernde – «kann bald schlimmer werden ... Es kann zu spät sein, eine neue Preisanstiegsrunde zu verhindern» (The Economist, 19.11.09: Business as usual will not do). Konsens in der Runde: «Auch Goldman Sachs (GS) hat sich dieser Tage zum Thema [Hunger] geäussert. Die Rohstoffspezialisten der Firma vertraten am Montag die Meinung, die jüngste Verteuerung der Lebensmittelpreise habe nicht die Aufmerksamkeit erregt, die sie verdiente. Seit Anfang Oktober habe nämlich der GS-Index für Preise offiziell gehandelter Agrarrohwaren um rund 15 % zugelegt, und der Aufwärtstrend sei unverändert stark» (NZZ, 27.10.09, Fdr.: Höhere Lebensmittelpreise als Teuerungsmotor). Das ist keine trübe Warnung,

sondern eine erregende Perspektive. «Die Nahrungskrise hat als Katalysator für den schläfrigen Agrarsektor gedient und Finanzfirmen wie Goldman Sachs und Black-Rock dazu angespornt, hunderte Millionen in Agroprojekte in Übersee zu investieren, so dass die Stimmung fürs Business berauschend, für die Menschheit aber bedrückend ist. Es wird viel von Thomas Malthus gesprochen, dem Propheten des 19. Jahrhunderts punkto Überbevölkerung und Hungersnot» (NYT, id.).

«Virtueller» Grossgrundbesitz, reale Subjekte

Wo sie nicht vertrieben oder per Armut umgelegt werden, sollen BäuerInnen in neue Knechtschaft getrieben werden. In Correas 154 beschrieben wir die international betriebene neue Modalität der (Zwangs-) Verpachtung «unproduktiver» Kleinparzellen an KapitaleignerInnen, die während ein paar Jahre den Boden meist zwecks Exportbewirtschaftung auspressen und ihn dann, auf lange Zeit zerstört, den um so ausgepowerteren BäuerInnen zurücklassen. Das verschärft sich laufend. Die G-8 plagierte letzten Juli in L'Aquila (Italien), dass sie in den nächsten drei Jahren \$20 Mrd. aufzutreiben gedenke für den «Kampf gegen den Hunger». Die Gross-NGO Oxfam bekam dabei den seligen Blick und «anerkannte», dass die von den G-8-Regierungen genannte Summe ... auch den kleinen Landwirten in der Dritten Welt zugute kommen solle»

(NZZ, 11.7.09, tz.: Milliardensumme der G-8 gegen Hunger).

Ach ja? Im schon erwähnten NZZ-Artikel vom 13. Juni 09 promovieren «Experten des Washingtoner Think Tank IFPRI» (Agrarkapitalisierungslobby), wie «kleine Landwirte» von der globalen Agrokapitalisierung «profitieren» können: «Das Verpachten von Land ist dem Verkauf mit einer einmaligen Abgeltung vorzuziehen, da Pachtzinsen ein regelmässiges Einkommen garantieren». (Bitter wenig während weniger Jahre und danach ein dank Raubbau zerstörtes Land.) Aber «besser noch sind Verträge, bei denen Kleinbauern im Auftragsverhältnis auf ihren eigenen Feldern produzieren». Klar doch. Campesinas und Campesinos sind fast überall dank Liberalisierung völlig entwaffnet gegen eine mit Supersubventionen angetriebene Importoffensive, die mit Dumping operiert (in dieser Phase oft Importmarktpreise unter den lokalen Produktionskosten). Ihnen droht infolgedessen etwa, ihr Land wegen Verschuldung zu verlieren, und obendrein haben sie kein Geld für «nicht-agrarische Bedürfnisse» wie Medikamente oder Kleider. Der nette Investor lässt ein paar Kröten springen, vielleicht genug, um morgen weiter zu sehen. Dafür, dass du ihm dein Land zeitwillig überlässt oder für ihn etwas anpflanzt. Die Schönheit der zweiten gegenüber der ersten Variante: Du trägst das ganze Risiko allein. Dürre, Krankheit, Klimaschock? Pech gehabt, Vertrag nicht erfüllt, du haftest. Und Vertrag erfüllt heisst: Du betreibst selber Raubbau an «deinem» Land. Irre cool, sagt die Unctad in ihrem letzten Jahresbericht. «Das sogenannte ‚contract farming‘, also die Produktion in besonders fruchtbaren Gebieten im Auftrag und nach den Normen fremder Investoren, gilt als eines der zukunftssträchtigen Geschäftsmodelle» (NZZ, 19.9.09, vk.: Direktinvestitionen weltweit im Sturzflug).

Diese Komponente der kapitalistischen permanenten Agrarkonterrevolution wird oft unterschätzt. Es handelt sich dabei um eine Landnahme «auf Zeit» oder gleich um das Kommando über BäuerInnen, die zu Peones eines finanzkapitalistisch angetriebenen «virtuellen» Grossgrundbesitzes werden. Wer das unterschätzt, übersieht gerne, auf wem und auf was die Hoffnung ruht: auf den Angegriffenen und ihrem Widerstand. Denn *revolution will not be televised* (Gil Scott Heron), die Hungeroffensive wird nicht am Konferenztisch gestoppt.

WWF im Dienst des globalisierten Agrobusiness

Seit mehreren Jahren kommen wir im Correos immer wieder auf die ungute Rolle des WWF in Südamerika zu sprechen. WWF-Mitglieder mit Correos-Abo haben darauf reagiert, bei uns und beim WWF. Nun, diese Organisation fördert Monokulturen und gentechnisierte Landwirtschaft, mit Sicherheit gegen den Willen der grössten Mehrheit ihrer Mitglieder. Es führt kein Weg daran vorbei, sich den Informationen, die uns die Autorin liefert, zu stellen.

Javiera Rulli*



Bild: aus ak 544, November 2009

(Genf, 6.12.09) Der World Wildlife Fund hat sich in ein Umweltsekretariat für die globale Produktion von Commodities verwandelt. Runde Tische für die Nachhaltige Produktion der übelsten Monokulturen der globalisierten Landwirtschaft werden vom WWF angeführt. Der «Runde Tisch für nachhaltige Soja» (Roundtable for Responsible Soja, RTRS) in dem Unternehmen wie Monsanto, Bunge, Syngenta, Cargill und ADM teilnehmen, ist das umstrittenste Beispiel. Eine Grossoperation in Sachen Greenwash der sozialen und ökologischen Zerstörung, welche die Soja in Südamerika bewirkt: Abholzung und Vergiftung von Umwelt und Menschen. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen des Agrobusiness werden vom WWF ignoriert, um «Zonen Hochwertiger Naturerhaltung» zu bewahren. Der WWF hat sich unter die mächtigsten Lobbygruppen bei der WTO eingereiht, um die Privati-

sierung der letzten Wälder und die «grünen» Zertifizierungen zu promovieren. Die Rolle von RTRS und WWF beim Klimagipfel in Kopenhagen und der WTO in Genf ist katastrophal.

Anlässlich der vierten RTRS-Konferenz von Mai 2009 eröffnete sich bei der Abschlussveranstaltung eine neue Perspektive, als Mechanismen für die Kompensierung und Vermarktung von CO₂ für das Sojabusiness zur Sprache kamen. Vorgestellt von Jason Clay, Leiter der Markt-Abteilung des WWF und Vizepräsident des WWF-USA. Clay, ein enthusiastischer Neoliberalisierer und Wirtschaftsglobalisierer, ist auch ein eifriger Verfechter der Agrotreibstoffe. Er präsentierte den CO₂-Markt als die neue Chance für das Agrobusiness. Clay fördert für das zukünftige Klimaprotokoll den Einbezug von Soja in zwei mögliche Finanzierungsmechanismen: a) in die REDD-Mechanismen

(englisches Kürzel für Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern), bei denen die Sojapflanzer entschädigt würden, wenn sie auf ihrem Grossgrundbesitz ein paar Waldflächen stehen lassen, und b) den Zugang zu CO₂-Krediten für Praktiken, die unter «Naturschutz» laufen.

Wälder privatisieren, Indígenas vertreiben

Im Juni 2009 versicherte Jason Clay in einem RTRS-Kommuniqué: «Die Herausforderung besteht jetzt darin, Entschädigungsmechanismen für die Produzenten zu finden, um Wälder und Böden zu schützen, indem ihnen der Verkauf von CO₂ zusammen mit ihrer Soja erlaubt wird. Dies wäre ein Win-win-Situation für alle: Wälder und Böden werden erhalten, die Produzenten haben eine zusätzliche Einnahmequelle, Detailhändler und Unternehmen können jetzt nachhaltige Soja kaufen, um ihren ökologischen Fussabdruck zu reduzieren. Erste Studien deuten darauf hin, dass die Produzenten in Waldgebieten mit dem CO₂-Handel mehr einnehmen als mit Soja. Dies verändert die Soja fundamental und macht sie zu einer neuen Commodity!».

Ein neuer Bericht der Universität Utrecht² enthüllt die Operation, um an CO₂-Kredite gegen Soja zu gelangen, was von Clay selbst als Rettung der RTRS interpretiert wird. Er besagt, dass zurzeit bei Befolgung der RTRS-Kriterien keine grösseren Anreize für das Agrobusiness existieren. Die grossen Produzenten seien nur gegen eine beträchtliche ökonomische Belohnung bereit, ihre Praxis zu ändern. Dies sei so, weil die Soja für die Konsumenten und Märkte ein unsichtbares Produktionsmodell darstelle, für die Produzenten aber einen unbeschränkten Gewinn bringe. Der Runde Tisch drohe zu scheitern, da die Unternehmen sich nicht ernsthaft beteiligen. Das Sojabusiness wisse, dass es keine Medienkampagnen gebe, die seinen Markt ernsthaft beeinträchtigen könne. Deshalb sei APROSOJA, eine der grössten brasilianischen Vereinigungen von Sojaproduzenten, die ein Viertel der brasilianischen Ernte einbringt, kürzlich aus dem RTRS ausgetreten.

Konkret schlägt der WWF vor, dass der RTRS die Entwicklung von Mechanismen fördere, damit die Sojeros im Mass der Fläche ihres erhaltenes Waldes zum internationalen Markt von CO₂-Krediten Zugang erlangen. Dann könnte Soja zusammen mit CO₂-Krediten im Schnitt von \$5-10 pro Tonne verkauft werden (id.) Den WWF scheint nicht zu berühren, dass sich die Soja

ausdehnt. Seine Priorität besteht darin, sich eines als Zone Hochwertiger Naturerhaltung katalogisierten Restwaldbestandes zu bemächtigen oder Umwelttechniken bei den von den Sojagrossgrundbesitzern übrig gelassenen Waldresten anzuwenden.

Damit könnte das Agrobusiness unter einem Ökodeckmantel von der Privatisierung der letzten Wälder profitieren und die Vertreibung von indigenen und Campesinacomunidades veranlassen. Im Norden könnten die Unternehmen weiterhin Soja einkaufen und gleichzeitig ihre Kontaminierungsquoten verringern. Der Erfolg des Gipfels in Kopenhagen könnte nach Jason Clay die grossen Produzenten zur Rückkehr an den Runden Tisch bewegen.

Freihandeln für Umweltschutz

Gleichzeitig betreibt das Agrobusiness

und die Kommerzialisierung solcher Bakterien mit Monsanto eingegangen ist.

Unter diesem «bewahrenden» Label werden auch Kredite für Direktsaat vorangetrieben (s. Kasten). Direktsaat ist ein fundamentaler Bestandteil des biotechnologischen Pakets der gentechnisch manipulierten Soja. Die Kombination von RR-Soja und Direktsaat ist ein Verkaufshit. Die mit dem Pflug bewerkstelligte mechanische Unkrautvernichtung wird durch die chemische mit Glyphosat ersetzt. Richtig müsste man von direkter chemischer Saat sprechen. Die argentinische Vereinigung der Direktsaatproduzenten, AAPRESID, hat im Vorgriff auf die neue Politik schon ein Programm für potenzielle Zertifizierungen von CDM-Mechanismen lanciert.

Monsanto ihrerseits hat erreicht, dass das in den USA zur Abstimmung anstehen-

unterstützen.

Eine der Hauptbestrebungen dieses Berichts ist es, zu verhindern, dass internationale Abkommen zum Klimawechsel den Freihandel und die WTO-Prinzipien beeinträchtigen könnten. Es gehe um die Kohärenz von Klimaschutz und Freihandel. Handelsliberalisierung wird als ökologische Massnahme definiert: «.. würde den Fluss von Produkten aus Regionen, wo Nahrung mit niedrigen CO₂-Emissionen hergestellt wird, in solche mit höheren Emissionen verbessern»³.

Man sollte die Macht des ICP nicht unterschätzen. Diese Organisation wurde angegriffen, weil sie die Klage vor der WTO gegen das Gentech-Moratorium in Europa erstattet hat. Sie war auch in die Verwässerung der Biodiversitätskonvention verwickelt, um sie WTO-kompatibel zu machen⁴. Wir ersehen aus ihrer Homepage überrascht, dass der WWF finanzierendes Mitglied ist. Was erklärt, warum der WWF sich weder gegen Freihandel noch gegen Gentech wendet.

Gentechnisierte Nachhaltigkeit

Die Zustimmung des WWF zu Gentech wird von Mal zu Mal offenkundiger. Seit letztem August beteiligt er sich an der «Global Harvest Initiative» von Monsanto, DuPont und ADM. Dabei geht es um eine PR-Kampagne für Biotech. Mit dabei der WWF und Conservation International. Zur Kampagneneröffnung referierte Clay zum Thema «Nachhaltigkeit und die Kapazität, die Welt zu ernähren»⁵

Letzten September ging der WWF eine Allianz mit dem Unternehmen Novozymes ein mit dem Namen «Biosolutions Initiative – Eliminating the first billion tonnes of CO₂. Novozymes, ein führendes Unternehmen in Biotech, ist auf Bakterien und Enzyme spezialisiert, das die Entwicklung von Agrosprit der 2. Generation massiv pusht. Zuvor hatte der WWF Dänemark den auf Kalkulationen von Novozymes beruhenden Bericht «Industrial Biotechnology – more than green fuel in a dirty economy?» publiziert. Dieses Papier pusht vor allem die «weisse Biotechnologie», die Bioökonomie und das neue Konzept von Bioraffinerie (s. Kasten). Im Wesentlichen geht es dabei um die Verwendung von gentechnisch manipulierten Zellen und Enzymen für die Industrie und die Energieerzeugung⁶. In einem ins Internet durchgesickertem Dokument geht es um die Kollaboration des WWF mit Novozymes am Klimagipfel. Es geht dabei um die Agenda von Europabio, der grössten Bio-Lobbygruppe in Europa⁷ Clay hat sich auch für die



Gland bei Genf, 3.12.09: auf dem Weg von Genf nach Kopenhagen. Protesthalt der Climate and Social Justice-Karawane vor dem internationalen Sitz des WWF.

unter dem Begriff «bewahrende Landwirtschaft» eine starke Lobby bei der FAO und vor dem United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC, Klimarahmenkonvention der UNO) ebenfalls mit dem Ziel, CO₂-Gutschriften für seine Monokulturen einzuheimschen. Die Nachhaltigkeitskriterien des Runden Tisches könnten in diesem Fall die Basis für zukünftige Clean Development-Mechanismen (CDM) abgeben und/oder die Mitgliedorganisationen des RTSR könnten sogar als nationale Zertifizierungsinstanzen agieren.

Es gelang schon, das erste Methodologieprojekt für CDM anerkennen zu lassen, das mit Sojaproduktion zu tun hat. Es besteht darin, Bakterien, die Stickstoff binden, in Sojasaatgut einzupflanzen. Das Projekt wurde von Becker Underwood entwickelt, die schon eine Allianz für die Herstellung

de Klimagesetz den CO₂-Handel für Landwirtschaft und Direktsaat beinhaltet. In der Lobby für die «bewahrende Landwirtschaft» treffen wir, dieses Mal in der Plattform zu Klimawechsel, Landwirtschaft und Handel der Organisationen ICTSD-IPC, wieder auf WWF und Jason Clay (s. Kasten). Seit 2008 vertritt Clay den WWF in der WTO-Lobby IPC, die von Cargill, Monsanto, Bunge und ADM dominiert wird. Die Plattform ICTSD-IPC veröffentlichte im Oktober eine Serie von Empfehlungen an die Gipfeltreffen der WTO in Genf und der Klimakonferenz in Kopenhagen. Ihr Bericht schlägt vor, die Doha-Runde abzuschliessen, die Produktion von Nahrungsmittel mit neuen Technologien zu verstärken und die «bewahrende Landwirtschaft» und die CO₂-Vermarktungsmechanismen als Hauptmittel für die Anpassung an den Klimawechsel zu

2. Generation der Agrobrennstoffe wie das Cellulose-Ethanol ausgesprochen⁸.

Die vierte RTRS-Konferenz bestätigte die Verträglichkeit von gentechnisch manipulierter Soja mit den Nachhaltigkeitskriterien. Auch bei den Pestiziden kam es zu keiner Verurteilung der Praxis: Besprayung im Abstand von nur 30 m zu einer Siedlung wurde als nachhaltig taxiert, bei Besprayung aus einem Flugzeug gelten 200 m! Auch punkto Abholzung war man nicht sehr restriktiv: verantwortliche Soja kann in bis Mai 2009 abgeholzten Gebieten wachsen. Selbst danach erschlossene Waldgebieten können dafür qualifizieren, wenn es sich nicht um Zonen Hochwertiger Naturerhaltung handelt⁹.

WWF: Mitglieder desinformieren, Bewegungen sabotieren

Die RTRS-Kriterien entsprechen den Wünschen von herausragenden Mitgliedern des Runden Tisches wie Unilever, Monsanto, Syngenta, Cargill, Bunge, Carrefour, ADM, BP oder IFC (gehört zur Weltbank-Gruppe). Mit dabei sind auch die grossen Soja-Produzenten des Kontinents wie die Gruppe Grobo aus Argentinien, die Ländereien im ganzen Cono Sur besitzt; die Gruppe Maggi des Ex-Gouverneurs von Matto Grosso, des weltweiten grössten Soja-Produzenten und die von Monsanto geförderte argentinische AAPRESID. Auch Naturschutz-Verbände wie Nature Conservancy, Conservation International und südamerikanische Ableger des WWF und von Birdlife sind bei RTRS dabei. Umgekehrt trifft der Runde Tisch bei Umweltschutzgruppen und sozialen Organisationen vor allem des Südens von Beginn weg auf Ablehnung. Er wurde als Green-

wash für die Ausweitung des Soja-Modells angegriffen.

Die erwähnten Informationen enthüllen den Handlungsrahmen des WWF. Die Organisation ist offiziell dem Prinzip der Vorsicht bei Gentech verpflichtet, obwohl ihre Praxis das genaue Gegenteil besagt. Sie promoviert heute Gentech. Dieses heuchlerische Vorgehen verwirrt die Öffentlichkeit und die lokalen Gruppen der Organisation in höchstem Mass. Der WWF arbeitet in Sachen Marketing und Sensibilisierungsstrategien für seine Mitglieder mit grösster Sorgfalt. Doch diese haben keine Ahnung von der internationalen Dimension und Unternehmenseite der Organisation. Sie verfügen auch nicht über die Mittel, das internationale politische Spiel der internationalen Division des WWF zu verfolgen und gegebenenfalls abzulehnen.

Die Allianzen des WWF mit der Industrie machen ihn zu einer neuen Lobbygruppe.

Es scheint, dass eine Rolle des WWF darin besteht, Kritiken und Vorschläge der sozialen Ökologiebewegungen und der sozialen und kritischen wissenschaftlichen Organisationen zu behindern. Der Panda-Bär endete als treuer Diener, der eine Umweltsymphonie anstimmt, damit das Modell der globalisierten Wirtschaft über einen angeblich nachhaltigen Ausweg verfüge. Es ist Zeit, die schmutzigen Geschäfte dieser Organisation zu entlarven. Es ist Zeit, dass der WWF auf verdiente Ablehnung stösst.

* Die Autorin ist Mitglied des argentinischen Grupo de Reflexión Rural und hat zuletzt in Paraguay in einer bäuerischen Bewegung gearbeitet. Sie begleitet eine Delegation aus dem Cono Sur in Genf (WTO) und Kopenhagen (Klimagipfel).

BIOÖKONOMIE:	«Eine auf Biotechnologie beruhende Ökonomie, die erneuerbare Rohstoffe, insbesondere Biomasse und ihre Gene, für die Herstellung von Produkten und Energie zu möglichst geringen Umweltkosten benutzt und Arbeit und Einkommen erzeugt».
BIORAFFINERIE:	Ein Begriff analog zu petrochemischen Raffinerie, bei der in integrierten Prozessen verschiedene Produkte erlangt werden. Bioraffinerie impliziert eine Industrie, die mehrere Umwandlungsprozesse integriert, um Produkte von Transportbrennstoffen (Ethanol und Biodiesel) bis zu hochwertigen chemischen Produkten zu erzeugen.
BIOTECHNOLOGIE:	Hier Gentech bei in industriellen Fertigungsprozessen verwendeten Bakterien oder Enzymen. Direktsaat: Dabei wird auf das Pflügen und Umgraben verzichtet. Die Saat wird buchstäblich in den Boden gebohrt.
ICTSD:	International Center for Commerce und Sustainable Development
IPC:	International Food and Agricultural Trade Policy Council. Das IPC wurde 1987 explizit gegründet, um die Freihandelsregeln für Landwirtschaftsgüter in der die WTO begründenden Uruguay-Runde durchzusetzen. Es verlangt die Eliminierung von Zollbarrieren im Trikont und ist neutral bezüglich Subventionen für das Agrobusiness in den USA. Es ist ein Instrument der US-Multis Cargill, Bunge, ADM und Monsanto, deren Interessen in die von ihnen ausgearbeiteten WTO-Regeln eingegangen sind.

Good news! Good news!

In Kenia sorgen ein dänischer Multi, ein Handy, ein Satellit und weitere internationale Transparenzverbänden für die Verweigerung von Wasser an Verdienstlose. Ein Online-Bericht, der trotz überwältigendem Spontaneindruck leider nicht einem verqueren Science Fiction-Overkill entstammt.

heise.de

(3.10.09) Der dänische Pumpenspezialist Grundfos[1] hat über seine «New Business»-Tochter Lifelink[2] mit dem Aufbau solarbetriebener Wasserstationen in Kenia begonnen. Einwohner des ostafrikanischen Landes sollen dort künftig sauberes Trinkwasser gegen Bezahlung erhalten, das aus Tiefen von bis zu 100 Metern gefördert und anschliessend in grossen Tanks gespeichert

Dänemark weitergeleitet. Will der Kunde in Kenia nun sein vorab bezahltes Wasser in Anspruch nehmen, meldet er sich an der Wasserstation mit einer kleinen Smartcard an, die einen beschreibbaren RFID-Chip enthält. Ergibt eine per GPRS durchgeführte Serveranfrage, dass Wasser-Kredite vorhanden sind, werden diese in den Chip eingelesen.



wird. Grundfos kooperiert bei dem Projekt, hinter dem eine komplexe IT-Infrastruktur steht, mit den lokalen Behörden sowie der kenianischen Mobilfunkfirma Safaricom[3], die das Handy-Bezahlsystem M-Pesa[4] betreibt.

Grundfos-Wassertank mit Smartcard-Reader

Potenzielle Wasserkunden müssen über M-Pesa zunächst Geldbeträge von ihrem GSM-Handy auf ein Konto bei Safaricom anweisen, wo das Geld in sogenannte Wasser-Kredite umgerechnet wird. Anschliessend werden diese mit IDs versehenen Kredite an einen zentralen Grundfos-Server in

Zur Wasserentnahme präsentiert der Kunde seine Smartcard dem Lesegerät an der Zapfstation und es wird automatisch ein Abflussventil geöffnet. Wasser fliesst so lange, bis die Smartcard entfernt wird – oder die Kredite erschöpft sind. Die Energieversorgung des Systems[5] erfolgt über Solarpanels, überwacht werden Betrieb und Nutzung per Remote Management von Dänemark aus. Die Einnahmen teilen sich Grundfos und die Gemeinde, die das System angeschafft hat. Zu Preisen wurden bislang allerdings keine Angaben gemacht. Bis Ende des Jahres sollen mindestens 20 Gemeinden in Kenia eine solche Pay-per-Use-Wasserstation erhalten.

Ziel der Massnahme ist es den Angaben zufolge, die Grundversorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu gewährleisten und Machenschaften korrupter Politiker und Geschäftsleute in einem der ärmsten Länder der Erde zu unterbinden. Kenia ist nach einer langen Dürreperiode vor allem im Norden und Südosten ausgetrocknet und erlebt derzeit seine schwerste Versorgungskrise seit der Unabhängigkeit im Jahr 1963. Im Korruptions-Index von Transparency International, der 159 Länder auflistet, steht Kenia an 144. Stelle. Organisationen wie die Welthungerhilfe setzen unterdessen verstärkt auf Selbsthilfe der Gemeinden und stellen Geld für den Bau zusätzlicher Brunnen zur Verfügung – für dieses Wasser muss die Bevölkerung nicht bezahlen. (pmz/c't) / (vbr/c't)

URL dieses Artikels:

<http://www.heise.de/mobil/meldung/Kenia-Wasser-gegen-M-Payment-und-RFID-Chip-808784.html>

Links in diesem Artikel:

- [1] <http://www.grundfos.com>
- [2] <http://net.grundfos.com/doc/webnet/lifelink/int/index.html>
- [3] <http://www.safaricom.co.ke/>
- [4] <http://de.wikipedia.org/wiki/M-Pesa>

(M-Pesa ist ein von Vodafone entwickeltes und Anfang 2007 in Kenia eingeführtes System für die Abwicklung von grundlegenden Funktionen des Geldtransfers und des privaten bargeldlosen Zahlungsverkehrs über Mobiltelefone ohne die Notwendigkeit eines regulären Bankkontos. Es ermöglicht den Nutzern über als M-Pesa-Agents bezeichnete Händler die Ein- und Auszahlung von Bargeld auf ein elektronisch geführtes Guthaben. Auf dieser Basis können dann direkte bargeldlose Übertragungen vom eigenen M-Pesa-Guthaben an andere M-Pesa-Nutzer und Übertragungen von Geld an Personen ohne eigenes M-Pesa-Guthaben durch Abwicklung über einen M-Pesa-Agent durchgeführt werden. Als Agents fungieren bei M-Pesa beispielsweise die Niederlassungen der Firma Safaricom, die Inhaber von Tankstellen und Supermärkten oder die Betreiber von Internetcafés. Die Transaktionen werden durch die Übertragung von SMS-Nachrichten zwischen den Kunden beziehungsweise zwischen den Kunden und den Agents abgewickelt. Technisch basiert M-Pesa auf der Ergänzung der Funktionen der SIM-Karte des Telefons durch sogenannte SIM-Toolkit-Erweiterungen.)

- [5] http://net.grundfos.com/doc/webnet/lifelink/int/03_how_we_do_it_payment_system.html